Kleine Anfrage

Stand der Arbeiten betreffend Aufhebung der steuerlichen Inländerdiskriminierung

Frage von	Landtagsabgeordnete Karin Zech-Hoop
Antwort von	Regierungschef Daniel Risch

Frage vom 04. Mai 2022

Im März-Landtag behandelte der Landtag die Motion zur Ermöglichung einheitlicher Gemeindesteuerzuschläge - gegen Inländerdiskriminierung. Das Ziel dieser Motion war, die Diskriminierung und steuerliche Ungleichbehandlung so schnell als möglich abzuschaffen. Aufgrund von Versprechungen des Regierungschefs für eine bessere Lösung wurde die Motion abgelehnt. Gerne würde ich mehr über den Stand der Regierungsarbeiten zu diesem Thema erfahren. Dazu meine Fragen an den Regierungschef:

* Im März-Landtag dieses Jahres hat der Regierungschef einen Vernehmlassungsbericht im zweiten Quartal 2022 in Aussicht gestellt. Kann dieser Zeitplan eingehalten werden?
* Wie gross wäre der horizontale Ausgleich beim derzeitigen Lösungsvorschlag?
* Verändert sich durch die angedachte neue Lösung an den Finanzströmen des Landes an die Gemeinden etwas?
* Werden durch die neue Lösung die Ungleichheiten zwischen den Gemeinden verstärkt, auf gleichem Niveau belassen oder sogar reduziert?

Antwort vom 06. Mai 2022

Zu Frage 1:

Ja.

Zu Frage 2:

Dieser beträgt aktuell 30 %. Ich verweise zu dieser und anderen Komponenten auf das Landtagsprotokoll vom 10. März 2022, Seite 183.

Zu Frage 3:

Ja.

Zu Frage 4:

Diese werden reduziert.